

Die Denkschrift der Reichsregierung über Erhaltung und Hebung des deutschen Ausfuhrhandels nach Ostasien.

Unser Berliner — Correspondent schreibt:
Der Reichskanzler hat dem Reichstage eine Denkschrift über die Erhaltung und Hebung des deutschen Ausfuhrhandels nach Ostasien, Australien und der Südsee zugehen lassen und Berichte des Gesandten in Peking, sowie des kaiserl. Generalconsuls für Australien sind der Denkschrift zu Grunde gelegt. Der Reichskanzler bringt die Denkschrift mit dem Bemerkten zur Kenntniß des Reichstages, daß die geäußerten Wünsche beachtenswerth erscheinen, daß aber die Reichsregierung aus der Ablehnung der Samoa-Vorlage entnommen hat, wie die Aufstellungen der Mehrheit der Volksvertretung der Gewährung von Subsidien nicht in dem Maße geneigt ist, um die verbündeten Regierungen jetzt zu weiteren Anträgen in dieser Beziehung zu ermuthigen. Die Denkschrift verbreitet sich über die Lage des deutschen Exporthandels nach China und Australien und beklagt, daß die Bemühungen der deutschen Industrie, ständige Absatzmärkte für ihre Erzeugnisse in überseeischen Ländern zu gewinnen, bisher im Vergleich zu den concurrenden Bestrebungen anderer Nationen keine befriedigenden Erfolge erzielt haben, ohne „gewisse positive Maßregeln“ sei eine Abstellung der Uebelstände nicht zu ermöglichen. Es bedürfe gewisser grundlegender, „dem Gesamtverkehr eines Landes als Stützpunkt dienender Einrichtungen, deren die Deutsche Industrie bisher leider entbehre“. Als solche Einrichtungen schlägt die Denkschrift vor: Begründung von Commissionshäusern für den Export; Begründung einer Bank zur Vermittelung des Geldverkehrs. Unter Bedauern des Eingehens der ostasiatischen Agenturen der deutschen Bank wird vorgeschlagen, in Ermangelung einer deutschen Privatbank etwa die preussische „Seehandlung“ ihre Thätigkeit nach dieser den Intentionen ihres großen Stifters gewiß entsprechenden Richtung hin ausdehnen zu lassen. Ferner wird vorgeschlagen, die Herstellung einer regelmäßigen Dampfer-Verbindung, und zwar einer Dampferlinie nach China und einer Dampferlinie nach Australien, endlich die Fortsetzung der australischen Dampferlinie nach den Südsee-Inseln. In dieser Beziehung heißt es in der Denkschrift: „Durch die Zahlungseinstellung der Godefroy'schen Firma in Hamburg und durch die Ablehnung der Vorlage, betreffend die Unterthaltung einer internationalen Handelsgesellschaft für die Südsee-Inseln im Reichstage, hat das politische Ansehen Deutschlands in den Südsee-Inseln einen schweren Stoß erlitten. Das unter der Initiative der genannten Firma begonnene Unternehmen, durch Erwerb von Grundbesitz, Anlage von Plantagen, Errichtung von Handelsstationen in den verschiedenen Gruppen der Südsee-Inseln, eine feste Basis für den dortigen deutschen Handel zu gewinnen, ist ins Stocken gerathen; Positionen, welche schon gewonnen waren, haben wieder aufgegeben werden müssen, und der einst dominirende Einfluß Deutschlands bei den einzelnen Hauptinseln, welche durch Geldinteressen mit dem Hamburger Hause verbunden waren, ist an mehr als einer Stelle verloren gegangen. Als Deutschland es unternahm, auf der gewonnenen commerciellen Grundlage durch regelmäßige Stationierung von Kriegsschiffen, Anlage von Kohlenstationen, Abschluß von Handelsverträgen und sonstigen Uebereinkünften, sowie durch Ausbreitung des Consularwesens die Beziehungen in der Südsee zu sichern und weiter nutzbar zu machen, mußten sich diejenigen europäischen Mächte, welche dort bereits festen Fuß gefaßt hatten, zu einer Vertagung weiterer Annexionspläne entschließen. Diese Pläne sind wieder aufgenommen worden, seitdem der Reichstag durch Verweigerung der erforderlichen Unterstützung zur Fortführung des von der Godefroy'schen Firma begonnenen kaufmännischen und nationalen Unternehmens die Südsee-Politik der Regierung desavouirt hat.“ Hieran anknüpfend, werden die Bestrebungen Englands und Frankreichs betont, um ihre politische Machtstellung in der Südsee zu fördern, während Deutschland nach beiden Richtungen hin Rückschritte macht. Auch würde das Erscheinen regelmäßig eintreffender deutscher Dampfer in Tonga und Apia dazu beitragen, das Ansehen des Reiches gegenüber den dortigen Herrschern zu kräftigen. Schließlich kommt die Denkschrift auf die Betonung der Nothwendigkeit einer Staatssubvention für die projectirten Dampferlinien. Deutschland dürfe in dieser Beziehung hinter andern Nationen nicht zurückbleiben. Am Schluß heißt es: „Es erscheint demnach hohe Zeit, wenn Deutschland die in Australien und in der Südsee vertretenen deutschen Interessen stärken will, dieses durch Herstellung einer directen Verbindung zu thun; das heute noch offene Feld zur Begründung eines solchen Verkehrs wird, wenn Deutschland die Gelegenheit ungenützt vorbeiziehen läßt, bald von den Einien anderer Nationen eingenommen sein.“

Deutschland.

O. C. Reichstags-Verhandlungen.

52. Sitzung vom 30. Mai.

11 Uhr. Am Tische des Bundesrathes v. Bötticher, Scholz, Burchard u. A. Eingegangen ist eine Denkschrift über den Ausfuhrhandel nach Ostasien, Australien und der Südsee.

Auf der Tagesordnung stehen die beiden Vorlagen wegen Aenderung des Zolltarifs und mehrere darauf bezügliche Petitionen. Die eine Vorlage will einen neuen Trauben Zoll von 15 Mark pro 100 kg einführen und den Mehls Zoll von 2 Mark auf 3 Mark erhöhen; die andere Vorlage beschäftigt sich mit dem Zoll auf unbedruckte und bedruckte Tuch- und Zeugwaren; dieselben sollen nach ihrem relativen Gewichte pro Quadratmeter in zwei Stufen verzollt werden, die größeren, schwerer als 200 g pro Quadratmeter mit 135 Mark; die feineren, leichter als 200 g pro Quadratmeter mit 220 Mark pro 100 kg. Die Petitionen beziehen sich einmal auf diese letztere Position und verlangen eine Erhöhung der Gewebezölle, aber zugleich eine Rückvergütung der Garnzölle beim Export von Geweben. Eine andere Gruppe von Petitionen bezieht sich auf die Verarbeitung ausländischen Getreides für den Export und verlangt eine begünstigtere Handhabung des Identitätsnachweises für den Export von Mehl unter Rückvergütung des Zolles.

Die beiden Vorlagen werden in erster Lesung zusammen discutirt. In zweiter Lesung sollen sie getrennt und die Petitionen zugleich mit den betreffenden Positionen berathen werden.

Abg. Dr. Bamberger: Die Frage der Einführung eines Traubenzolles steht auf einem ganz anderen Boden als die der Erhöhung des Mehlszolles und des Zolles auf Webwaren. Der Trauben Zoll kann selbst von unserem Standpunkte aus im Princip nicht bestritten werden, wogegen die Frage, ob eine Zollherhöhung auf die beiden anderen Gegenstände Platz greifen soll, verneint werden muß. Die Einführung des Traubenzolles ist nur die Frage einer Wortinterpretation eines gegebenen Gesetzes, wenn importirte Trauben nur ein anderes Wort für importirten Wein sind und dieser Wein verzollt wird. Die Frage steht ja auf einem ganz anderen Boden als dem der Nützlichkeit. In schlechten Weinjahren kann im In-

teresse der Weinproduzenten selbst resp. des Weinverkaufs und Weinports die Einfuhr fremder Trauben nützlicher sein als die Absperrung, zumal als Schutzmittel gegen den Kunstwein. Hat doch das weinreiche Frankreich, das den Weinhandel der Welt beherrscht, seit den Vermählungen der Hohenzollern im Interesse seines Weinports mehr fremden Wein ein- als ausgeführt. Die grundsätzliche Ausschließung fremder Trauben kann also unter Umständen der Weincultur des eigenen Landes nachtheilig und die Möglichkeit von Emigrationen wünschenswerth sein, wie es früher beim Getreidezoll der Fall war. Ob der vorgeschlagene Trauben Zoll im richtigen Verhältniß zum Weinzoll steht, das wird in der zweiten Beratung zu prüfen sein. Ganz anders verhält es sich mit den Vorschlägen auf Erhöhung des Mehlszolles und des Zolles auf Tuch- und Zeugwaren, die eine sehr interessante und bedeutungsvolle Etappe in der Entwicklung unserer Zollgesetzgebung bezeichnen. Hier stehen wir rascher, als die meisten wohl geglaubt, vor der Thatfache, daß die Consequenzen einer selbst von ihrem eigenen Gesichtspunkte aus allzu stark durchgreifenden Schutzollbewegung sich in ihren verhängnißvollen Zerrwürmen zeigen und daß man die begangenen Fehler nur noch durch neue starke Fehlgriiffe gut zu machen weiß.

Auf die Analogie mit der Aufhebung des Flachszolles im vorigen Jahre darf man sich durchaus nicht berufen; denn diese war keineswegs eine Correctur des Zollgesetzes substantieller Art, sondern nur die Ausmerzung eines Verfehls, das durch eine überraschende Abstimmung und eine Art von Mißverständniß in das Gesetz hineingekommen und in alldseitigem Einverständniß beseitigt wurde. Hier stehen wir vielmehr vor einer principiellen Neuerung: auf zum Theil schon recht hoch mit Zöllen bedachte Materialien sollen nun erhöhte Zölle gelegt werden, weil die gegebene Gesetzgebung sich als schädlich erwiesen hat. Ich rede nicht davon, daß man uns versprochen hat, an dem Tarif sobald nicht zu rütteln und uns vor Erleichterungsanträgen gewahrt hat; ich finde in mir nicht den natürlichen Anstoß zur fittlichen Entrüstung, zu deren oratorischer Verwerthung ich überhaupt kein Talent habe, um den Herren Vorwürfe zu machen, wenn sie jetzt an dem Zolltarif in aufsteigendem Sinn rütteln; ich hatte das Alles erwartet. Aber eigenthümlich ist es doch, daß man jede Erleichterung grundsätzlich ablehnt, wo es sich aber um Erleichterung des Eingangs fremder Waaren handelt, die Vorfrist am Zollgesetz nicht zu rütteln nicht mehr anerkennt. Auf die Petitionen der Müller und Industriellen, welche den Nachweis führten, daß die eingeführten Zölle ihre Industrie schädigten und den Export durch Vertheuerung des Rohmaterials oder Halbfabrikates enorm erschwerten, wurde geantwortet, die Zeit sei noch zu kurz, um eine ausschlaggebende Erfahrung zu gewinnen, sie müßten es erst einmal versuchen, längere Zeit mit dem bestehenden Regulativ der Zölle zu experimentiren und dann wieder kommen. Als aber dieselben Petenten Erhöhung von Zöllen verlangten, da war Alles klar, da war durchaus keine längere Probe nöthig und sofort war man zu geistlichen Verbesserungen bereit. Auf die Petitionen der letzteren Art beruft man sich jetzt bei dieser Vorlage, während sie doch nur beweisen, daß die Petenten mit Vollerleichterungen nicht durchzubringen hoffen dürfen und ihren letzten Trost in Erhöhungen in infinitum mit besserem Erfolg suchen. Hat doch der Herr Reichskanzler bereits alle Petenten eingeladen, sich zu melden und sich zu Erhöhungen immer bereit erklärt, zu Serabsektionen niemals.

In den Motiven der Vorlage fehlt so gut wie jede Andeutung der Thatfache, daß in erster Linie Herabsetzungen verlangt wurden, als ob es sich bloß um Anträge auf Erhöhung von Zöllen, auf Beseitigung der inneren Concurrenz und nicht auf Erleichterung des Exports handelte. Ich habe an die Versicherung, an dem Tarif nicht einseitig rütteln zu wollen, schon damals nicht geglaubt, als sie gegeben wurde, nicht deshalb etwa, weil ich denke, die sie uns erhalten, die Absicht des Wortbruchs zutraute — dagegen brauche ich mich nicht zu verwahren — sondern weil es bei den besten Absichten, an dem Tarife nicht zu rütteln, der mit so gänzlicher Verkennung der Bedürfnisse unserer Industrie gemacht worden ist, unüberwindlich ist, die falschen Consequenzen immer weiter zu ziehen und von einem Extrem zu anderen fortzuschreiten. Glauben die Herren noch jetzt, daß wir an der ganzen Umkehr Schuld seien, und daß, wenn wir die geringen Eisen- und Ausgleichszölle vor Jahren bewilligt hätten, die ganze Hochfluth wirtschaftlicher Umkehr bis zur letzten Etappe, der Kriegführung gegen das Freizügigkeitsgesetz, nicht über uns gekommen wäre? So kleinen Ursachen so große Wirkungen zuzuschreiben, ist doch eine eigenthümliche Geschichtsauffassung und die Wirtschaftspolitik des Reichskanzlers von solchen minime Umständen abhängig zu machen, kommt mir wie eine Art von Blasphemie vor. Ich darf heute wohl sagen: Blasphemie, denn nach der Rede vom vorigen Freitag find wir ja von der Vergöttlichung jener Wirtschaftspolitik nicht mehr weit entfernt. (Hört! hört!) — Nun hat es sich gezeigt, daß sowohl die Mülerei wie auch die Meeraner Industrie durch den Zolltarif auf Schwere getroffen worden sind, die letztere allerdings auch durch die Mode. Die Reichsregierung muß selbst bekennen, daß hier ein schwerer Schaden gestiftet worden ist und muß zu anderen Maßregeln greifen.

Eine Politik, die sich so starrer Consequenz beseitigt, wie die des Reichskanzlers, gesteht natürlich keinen Fehler ein, sondern überbietet sich, wenn sie falsche Maßregeln nicht länger verdeden kann, in falschen Behauptungen, um im Publikum draußen eine Betäubung zu erzeugen, es der Luft zum Widerstande zu berauben und eine gewisse fanatische Gesinnung zu steigern für die Wege, welche die Regierung eingeschlagen hat. Ich rechne dazu die Neuferung des Reichskanzlers, der nichts ohne Vorbedacht thut, daß der Freihandel in seinen Wirkungen mit dem Koloradofäher zu vergleichen sei. Auf welche Höhe der Discussion kämen wir wohl, wenn wir Repressalien in derselben Weise anwenden wollten? Vielleicht nimmt der Reichskanzler wie in so vielen anderen Beziehungen auch hinsichtlich der Höflichkeit einen erimirten Standpunkt ein; ich kann wenigstens nicht finden, daß die Vergleichung der Ansichten eines ansehnlichen Theiles des Hauses und der gebildeten Welt mit der Natur eines Ungeziefers sich durch besondere Höflichkeit auszeichnet. Vor etwa 20 Jahren sagte der Abg. Herr v. Bismarck im Landtage, „daß die Schutzöllner von unserem Gelde leben, das der Fiskus uns abfordert, damit sie es in die Tasche stecken können.“ (Hört! hört!) Aus diesem Satze könnte man ein noch weit stärkeres Epitheton für den Schutzoll entnehmen als das neulich vom Reichskanzler auf den Freihandel angewandte ist. Der Reichstag ist allmählig im Anhören derartiger extradaganten Aeußerungen sehr geduldig geworden, man belächelt sie und hat das Gefühl, daß es auf etwas mehr oder weniger gar nicht mehr ankommt. Nicht vergessen darf ich heute, bei dieser ersten Etappe eines großen Fortschritts des Prohibitivsystems unter der Flagge des mächtigen Schutzzolles daran zu erinnern, wie viele Schiffbrüche alle Betheruerungen und Prophezeiungen erlitten haben, die unter den Auspizien der Wirtschaftsreform angekündigt worden sind. Wo sind die schönen Ideen von den Kampfschiffen geblieben? Was haben die Kampfschiffe bewirkt, was die Verträge, auf die hingedeutet worden war, damit wir in ein erträgliches Verhältniß zum Auslande kämen?

Wir werden ja nächstens das berathen, was man euphemistisch den österreichischen Handelsvertrag nennt; dieser Vertrag ist das Papier nicht werth, auf dem er steht. Mit Art. 5 unseres Schutzollgesetzes, welcher die Repressalien erzwingt, machen wir ganz dasselbe, was der österreichische Handelsvertrag uns bietet. Was ist aus den idealen Hoffnungen auf diese Verträge geworden. Die Ungarn, die politisch unsere besten Freunde waren, treiben wir durch unsere Schutzollpolitik in die fanatische Schutzollpolitik der anderen Kronländer mit hinein, und in der inneren politischen Richtung Österreichs haben wir indirect durch unsere Schutzollpolitik einer Partei aus Aender geholfen, die für unsere deutsche Politik nicht den geringsten Sinn hat. Heute sehen wir, daß der mächtige Schutzoll, der uns versprochen war, bis an die äußerste Grenze der Prohibition ausgedehnt werden soll. Hat man nicht versprochen, daß der Schutz der Weberei und Spinnerei auch zur Erzeugung der Halbfabrikate für diese Industrie führen werde. Herr von Barmbüler, der Vater der Schutzöllner, der jetzt viel leicht schon seine heilige Legion der 204 verammelt, um auch der Vater des neuen Heimathrechts zu werden, legte uns damals einen Plan vor, wie bei höheren Zöllen auf Gespinnte neben jeder Weberei auch eine Spinnerei entstehen und in dieser das feinste Gespinnst erzeugt werden würde, so daß wir es nicht mehr vom Auslande zu beziehen brauchen.

Vorüber lagen jetzt die Weber? Darüber, daß sie alle feinen, zum Theil sogar die groben Garne im Auslande kaufen müssen, und die Regierungs-vorlage giebt zu, daß die Spinnerei, die in ihrem Namen gemachten Versprechungen nicht erfüllt hat. Ein anderes Bild: Mit wie viel fittlicher Entrüstung sprach man beim Zolltarif davon, daß England mit seinen schlechten Shoddywaaren die wohlgestittete deutsche Nation überschwemme und daß man diese Waaren vom deutschen Markte fern halten müsse. Was ist die Folge davon? Wir machen jetzt die Shoddywaaren selbst, wir haben jetzt nationale Shoddyfabrikation statt der englischen.

Was ist aus der Voraussetzung geworden, daß die Hafenconcurrenz Auslands gegen unsere Ostseehäfen nicht bedeutend sei? Erkundigen Sie sich, was jetzt Libau bedeutet, und wie die russischen Exporteure dem Handel von Memel, Danzig und Königsberg die schädigendste Concurrenz machen. — Der eigentliche Sinn der Maßregel, die man uns heute vorschlägt, ist, daß sie das Uebel verstärkt, weil sie den Grund der Klagen theils abtödtet, theils aus falschen Anschauungen heraus verkennt. Die wesentlichste Klage kommt daher, daß das Ausland unsere Waaren nicht mehr kauft oder in geringerem Umfange als früher, da das Rohmaterial und die Halbfabrikate, die wir vom Auslande beziehen müssen, gerade die Elemente unserer Ausfuhr vertheuern, ganz abgesehen von dem, was wir für die Nahrungsmittel mehr bezahlen müssen. Bei zwei Artikeln ist man also heute schon so weit gekommen, daß selbst der Blinde sich dem Fehler nicht verschließen kann, der gemacht worden ist, daß es noch bei einer unabsehbaren Reihe von Artikeln ähnlich kommen wird, unterliegt für mich keinem Zweifel. Studiren Sie die Berichte der Handelskammern und der einzelnen Industrien, und in hundert Fällen wird Ihnen gesagt werden, daß ähnlicher Schaden erlitten wird. Wir sind 1879 nicht müde geworden, Ihnen klar zu stellen, daß Deutschland wesentlich ein industrielles Land des Exports sei, Ihnen die Tabelle der Ein- und Ausfuhr vorzuhalten und zu zeigen, daß Deutschland hauptsächlich Fabrikate ausführt, und daß es daher ein schwerer wirtschaftlicher Mißgriff wäre, die Elemente unserer Ausfuhr durch Zölle zu vertheuern. Beim Mehl liegt die Sache noch stärker als bei der Meeraner Industrie. Das Mehl hat in seinen Petitionen gar keinen Schutzoll verlangt, sondern immer nur um Exporterleichterungen gebeten. Damals wies von Seereman sehr zutreffend nach, daß die Mehlinindustrie ruiniert werde durch den Zolltarif, wenn ihr nicht gewisse Erleichterungen gewährt würden.

Das war das eigentliche Streitobject, und jetzt antworten wir anstatt mit Erleichterungen mit einem erhöhten Schutzoll; das ist, als wenn man einem Manne, dem man die Arme gebunden hat, und der um Lösung der Bande bittet, einen Aderlaß vorschlägt. Selbst die Concurrenz des Auslands spricht hier absolut gegen die Nothwendigkeit eines erhöhten Schutzzolles. Das Roggenmehl auszuführen, dazu bedarf es nicht der Erleichterung, sondern nur zur Ausfuhr des Weizenmehls. In Frankreich ist das Roggenmehl als solches gar nicht besteuert, der indirecte Schutz selbst, der auf dem Roggenmehl liegt, ist dort viel geringer, als der, den wir heute schon gewähren und doch wollen wir uns vor der auswärtigen Concurrenz noch mehr schützen. Das Wertvollste ist, daß in den Motiven die Unrichtigkeit des famosen Satzes, daß das Ausland den Zoll trägt, zugegeben wird. Das Ausland soll den Zoll tragen und lesen Sie, was in den Motiven steht, da wird Ihnen die Berechnung gegeben, um wieviel das Getreide durch den Zoll verteuert wird, und daß wir den Mehls Zoll in Verhältniß setzen müßten zu diesem Getreidezoll. Die Theorie der Vorlage geht noch viel weiter, als ich unter Umständen gehen würde. Sie stellt sogar die Theorie auf, daß sämtliches inländisches Getreide um die Summe des auf das ausländische gelegten Zolles verteuert wird. Wenn das Einer von uns sagte, würde man ihn als den abstractesten Theoretiker darstellen und ihn als Realisten verhöhnen. Ich möchte die Regierung um eine authentische Erklärung bitten: glaubt sie, ob das Ausland den Zoll trägt oder nicht, sollen wir vielleicht annehmen, daß er es an den geraden Tagen glaubt, an den ungeraden aber nicht glaubt? (Heiterkeit.) Was die Wolllenwaaren betrifft, so stehen wir auch hier vor einer Menge von Widersprüchen. Das System, welches man uns jetzt vorschlägt, wurde bei der Beratung des Zolltarifs reiflich erwogen, aber von den Herren, die als gewiegte Kenner auftraten, als unpraktisch und undurchführbar hingestellt. Ich gebe zu, daß in den heutigen Motiven ein Theil der damaligen Behauptungen aufrecht erhalten worden ist, in den wichtigsten Punkten aber ist man zu den früheren Vorschlägen zurückgekehrt.

Man hätte erwarten können, daß in der neu vorgeschlagenen Methode wenigstens die Consequenz des neuen Systems gezogen wäre. Im Tarif-Entwurf war ein einheitlicher Zollfuß von 120 M. nur deswegen als erträglich erklärt worden, weil er neben den ordinären auch die feineren Waaren traf. Wenn man jetzt die feineren Waaren höher belasten will, dann sollte man doch auch die billigeren mit einem geringeren Zollfuß belegen. Statt dessen geben Sie dem Fabrikanten, dem Müller, dem Sie den Export nach dem Auslande schon abgeschnitten, eine Anweisung auf die erspöcksten Kassen seiner Mitbürger, der heimischen Brotseller. Statt die Steuer- und Hilfsquellen dadurch zu vermehren, daß Sie die Thätigkeit vermehren, die Möglichkeit der Arbeit und des Verkaufs nach außen zu erleichtern, verstopfen Sie die Quellen der Ernährung und Wohlfahrt. Sie haben es neulich mit der Besteuerung der Papiere gethan, Sie wollen es auch heute. Ich möchte Sie doch warnen, ohne Ihrem Princip etwas zu vergeben, auf dem Wege weiter zu gehen, den die Regierung Ihnen jetzt vorschlägt. Die Zölle auf Wolllenwaaren gehen über das hinaus, was alle concurrenden Länder haben. Wir haben ähnliche Erfahrungen, wie wir sie jetzt im Zolltarif machen, bereits gemacht im Eisenbahnsache, aber wir haben hier den Vortheil, daß wir einen Mann haben im Eisenbahnsache, der, möge man von seiner politischen Stellung denken, wie man wolle, doch durchaus ein Fachmann ist und das Verhältniß für das Wohl und Wehe der ihm untergebenen Interessen hat, der eine zu arge Mißhandlung nicht zuläßt, sondern lieber ein Loch in das Princip macht, als die Interessen bedrohen läßt. Der Herr Minister Maybach hat das Unzumuthige der Differentialfrachten a outrance eingesehen und ist jetzt auf dem Wege, umzukehren. Ich bin weit entfernt, ihm dies als Inconsequenz vorzuwerfen. Ich erkenne es als ein Verhältniß des Besseren an, eines Mannes, dem es um die Sache selbst zu thun ist und nicht um eine störrige Durchführung einer fanatischen Doctrin. Lassen Sie sich dies Beispiel der Umkehr zur Ermutigung dienen, und geben Sie nicht auf dem Wege dieser Vorschläge weiter. Bei jeder neuen Klage, die kommen wird, wird man eine neue Erhöhung verlangen. Ich sehe dies Beispiel der Erhöhung der Mehlsölle ganz pro nihilo und die Erhöhung der Wollzölle mit sehr geringem Erfolge für den inländischen Consum. Im nächsten Jahre wird eine unabsehbare Reihe von Petitionen erfolgen. Bereits sind die Schiefer-tafeln im Anzuge, eine ganze Reihe von Interessenten meldet sich, alle wollen Hilfe und Zölle, die an die Grenzen des Möglichen und darüber hinausgehen. Dann wird in der Nation das Gefühl der Schwäche und Furcht vor dem Auslande, die Furcht des Einen vor dem Andern Platz greifen, was ohnmächtige und unbrauchbare Nationen erzeugt, es wird auf das höchste gesteigert, und Sie werden, wenn Sie auch jetzt den Zusammenhang zwischen Ursache und Wirkung erkennen, sich wundern über die Erfolge Ihrer Politik. (Beifall links.)

Abg. v. Kardorff: Niemand hat weniger Recht auf die Stabilität des Zolltarifs zu pointiren als der Abg. Bamberger, auf dessen Veranlassung die Eisenzölle fünfmal innerhalb weniger Jahre verändert worden sind. Hier handelt es sich, wie beim Flachszoll, um ein Corrigiren von Fehlern bei Feststellung des Tarifs. Herr Bamberger hat sich darüber beschwert, daß der Reichskanzler das Freihandelsprincip mit dem Koloradofäher, als gleichsam mit einem Ungeziefer verglichen hat. Sie haben wohl vergessen, mit welchen Schimpf- und Schmähwörtern sie uns Schutzöllner überhäuft haben, als wir noch in der Minorität waren. Jedermann weiß, daß der Reichskanzler früher Freihändler war, aber wir rechnen es ihm gerade zum Verdienste an, daß er nicht eigenmächtig an früheren Theorien festhält, sondern sich durch die factischen Verhältnisse eines Besseren belehren läßt. Ein Kennzeichen des Schiffbruchs der neuen Wirtschaftspolitik erblickt der Herr Vorredner in unserer Shoddyfabrikation. Diese ist aber gerade ein Schutz der nationalen Arbeit; es ist besser, unsere Arbeiter mit der Shoddyfabri-

ktion zu beschäftigen, als englische Arbeiter dafür zu bezahlen. Die Erhöhung des Mehlszolls ist eine einfache Nothwendigkeit, weil der Mehlszoll bisher veranlagt ist nach der Voraussetzung eines Roggenzolls von 25 Pfennigen, während wir denselben auf 50 Pfennige gesetzt haben. Diese Erhöhung ist also nur eine Correctur des Fehlers, den der Tarif enthält. In der Bundesraths-Commission war ursprünglich ein Mehlszoll von 4 M. vorgeschlagen, und erst später mit Berücksichtigung des Roggenzolls von 25 Pf. wurde er auf die jetzige Norm herabgesetzt.

Der Abg. Bamberger befragt sich, daß die Regierung diese Erhöhung mit der Vertheuerung des Roggens durch den Zoll motivirt. Dieses Motiv hat die Regierung von den Liberalen entlehnt, welche immer unbedingter Weise behaupten, der Roggen sei um den vollen Betrag des Zolls vertheuert worden. Das läßt sich übrigens gar nicht so strikte nachweisen, in jedem Falle aber ist die Zollerhöhung der Landwirtschaft zu gute gekommen, und das sollte ja auch der Effect der Zölle sein. Die neue Wirtschaftspolitik hat sich innerhalb der letzten Jahre glänzend bewährt; selbst Herr Dechselhäuser hat zugegeben, daß der größte Theil der Industrie sich jetzt in einer besseren Lage befindet, als vor anderthalb Jahren. (Widerspruch links.) Er schob das freilich auf andere Dinge und meinte, das geht auf und nieder, ohne daß der Zoll auf solche Conjecturen einen Einfluß ausübt. Weiter hat uns der Abg. Jordan bedacht, daß die Mithen in Berlin sich entschieden im Aufsteigen befinden. (Widerspruch links.) Ein beachtenswerthes Symptom ist auch die Abnahme der Concurrenz und Substitutionen. Mit Ihren Angriffen auf die neue Wirtschaftspolitik werden Sie kein Glück haben, denn das Land hat gesehen, daß die Industrie sich entschieden gekräftigt hat, und wird hoffentlich Denen kein Vertrauen schenken, welche für die Thätigkeit des künftigen Reichstags die Parole ausgeben: Fort mit der Wirtschaftspolitik! Ich bitte Sie also, die Vorlage der Regierung anzunehmen. (Beifall rechts.)

Abg. v. Benda: Nachdem meine politischen Freunde und ich im Jahre 1879 die agrarischen Zölle einstimmig abgelehnt haben, werden wir auch gegen den Mehlszoll stimmen. Die Motive der jetzigen Vorlage führen nothwendig zu dem Ergebnis, daß früher die Zölle auf Roggen und Weizen zu hoch normirt waren. Man sollte nun daraus folgern, daß die Regierung auf die ursprüngliche Vorlage von 1879, auf die kleinen Kornzölle, zurückgegangen wäre. Das ist aber nicht geschehen, und wir werden diese Position wieder annehmen, noch Anträge zu derselben stellen. Die Frage des Traubenzolls hat uns schon im Jahre 1879 lebhaft beschäftigt. Wir haben damals im Interesse unserer inländischen Weinfabrikanten und der Finanzverwaltung beantragt, einen Zoll von 10 Mark auf Trauben zu legen. Damals hat die Regierung eine solche Veranlassung mit Rücksicht auf den überaus geringen Import von Trauben für unnötig erklärt. Sie giebt nun zu, sich geirrt zu haben, und beruft sich auf die Ziffer von 138,000 Doppelcentner, welche im vorigen Jahre importirt worden sind. Obgleich wir glauben, daß die überaus schlechte Ernte auf diesen Import von wesentlichen Einfluß gewesen ist, so sind wir doch bereit, die Regierung in der Abwehr jenes Mißbrauchs zu unterstützen, glauben aber, daß man hierin nur so weit gehen dürfte, als unbedingt nothwendig ist. Der Zoll von 15 Mark, nämlich 50 Pct. des Werths, ist viel zu hoch. Ich möchte Ihnen empfehlen, mit Rücksicht darauf, daß man den Genuß frischen Obstes nicht übermäßig beschränken soll, den von uns normirten Satz von 10 Mark zu acceptiren, der auf den Gutachten der competenten Interessenten beruht; ich werde in zweiter Lesung einen diesbezüglichen Antrag stellen. Was die geschäftliche Behandlung der Vorlage betrifft, so schließe ich mich dem Antrag an, die zweite Lesung im Plenum vorzunehmen.

Abg. v. Mirbach: Der Reichskanzler ist nie ein absoluter Freihändler gewesen, wie Herr Bamberger meint, er ist aber auch nicht ein einseitiger Schutzzöllner geworden; auch wir stehen auf diesem Standpunkt. Was den österreichischen Handelsvertrag betrifft, so sind wir dem Herrn Reichskanzler dankbar dafür, daß er unsere speciellen Interessen in den Vordergrund stellt und nicht zu weitgehende Concessionen gemacht hat. Eine Zollunion an der Zollgrenze beider Länder wäre sehr erwünscht. Herr Bamberger meinte dann, die Ausfuhrbestimmungen des Holzszolls wären zu hart. Wie kommt es denn aber, daß der Holzhandel beispielsweise in Tilsit einen außerordentlich bedeutenden Aufschwung genommen hat? Was diese Zölle betrifft, so stehen wir auf demselben Standpunkte wie früher: wir wollen in dieser Legislaturperiode Änderungen des Zolltarifs nicht vornehmen, wir wollen abwarten und Erfahrungen sammeln. Bei den vorliegenden Positionen handelt es sich aber nicht um Erhebungen der Zölle, sondern um die Consequenzen einzelner Positionen, welche abhängig sind von Hauptpositionen des Zolltarifs. Zweifellos liegt die Sache so beim Mehlszoll. — Man hat die Erhöhung des Roggenzolls nicht berücksichtigt, die Consequenz ist, daß wir mit Rücksicht darauf diese Position verbessern müssen. Ebenso verhält es sich auch mit dem Traubenzoll, anders allerdings mit der Industriezollposition, aber da handelt es sich um hochwertige Luxusartikel und wir sind gerne bereit, diese Position zu bewilligen, wenn die Sache auch etwas hoch gegriffen sein möge. Dagegen können wir die Resolution nicht acceptiren, da dieselbe die Landwirtschaft nicht schützt, sondern ganz erheblich trifft. Die Landwirtschaft bedarf des Schutzes und diesem Zwecke entsprechen die Kornzölle. Wir kommen damit aber auch unserem deutschen Arbeiterlande, dem Aderbürger, zu Hilfe.

Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung hat ein sehr lebhaftes Interesse daran, daß die landwirtschaftliche Production möglichst hohe Preise habe. Unsere Gegner befinden sich in einem fundamentalen Irrthum, wenn sie glauben, daß die Frage billiger Lebensmittel für den kleinen Mann entscheidend ist. Der ländlichen Bevölkerung, auch dem Arbeiter, dem Drecksacker, der seinen Lohn hauptsächlich in Geldlohn erhält, liegt sehr viel an den hohen Preisen der Producte, weil davon ihre Einnahmen abhängen. Eine Lebensfrage für die arbeitenden Klassen aber ist, daß sie dauernde und gesicherte Arbeit haben. Für die ländlichen Arbeiter gab es niemals eine bessere Zeit als die Zeit Anfang der 60er Jahre, wo die Lebensmittel ganz außerordentlich hoch waren, die Arbeiter aber lohnende Beschäftigung hatten. Eine schlechte Ernte trifft zuweilen auch den städtischen Gewerbetreibenden, weil er weniger ländliche Abnehmer findet. Spielt aber die Lebensmittelfrage wirklich eine so große Rolle, wie kommt es denn, daß die arbeitende Bevölkerung des Ostens, wo die Lebensmittel billig sind, nach dem theuren Westen wandert? Das liegt nur daran, daß sie im Westen eine dauernde und lohnendere Beschäftigung findet als in der Heimath. Damit ist aber schlagend bewiesen, daß für die Lage der Arbeiter die Lebensmittelfrage völlig indifferent ist. Eine solche Theorie hat einen gewissen Werth nur für Wahl-agitationen, wenn man Unzufriedenheit schaffen will. Ich empfehle Ihnen die Vorlage als Ergänzung zum Zolltarif. (Beifall rechts.)

Abg. Löwe (Berlin): Schon bei der Beratung des Zolltarifs haben wir darauf hingewiesen, daß das Werk sich sehr bald als fehler- und lückenhaft herausstellen würde, und daß man sich im Kurzen werde überzeugen müssen, daß es unmöglich sei, Nothstände, die in allgemeinen Verhältnissen ihren Ursprung haben, durch eine Aenderung des Zolltarifs beseitigen zu können. Die Unzulänglichkeit des letzteren tritt jetzt zu Tage, aufstaut aber den begangenen Fehler dadurch gut zu machen, daß man die falsche Maßregel zurücknimmt, geht man auf dem bedauerlichen Wege immer weiter und vergrößert dadurch das Uebel. Der Hauptzweck der ganzen Zollreform war damals, die großen Interessentengruppen der Eisenproduzenten und der Spinner zu gewinnen und diese Coalition zu politischen Zwecken zu gebrauchen. Im Interesse der Spinnereibesitzer glaubte man die Garnzölle gar nicht hoch genug feststellen zu können, obwohl wir schon damals auf das Eindringlichste warnten, nicht so weit zu gehen, daß dadurch die Ertragsfähigkeit der Weber in Frage gestellt werde. Jetzt ist das Gefürchtete eingetreten, weil man die Zölle auf ausländische Kammgarne, deren die Meerraner Weberei nothwendig bedarf, von 3 auf 8 bezw. 12 M. erhöht hat — angeblich, weil es für die Zollbeamten unmöglich sei, Kammgarne von anderen Garnen zu unterscheiden, und deshalb beide gleichmäßig behandelt werden müßten. Die Industriellen müssen die Kammgarne von anderen doch unterscheiden können, man macht also die Gehege mit Rücksicht auf die mangelhafte Qualifikation der Beamten. Zu der Nothlage, welche durch die Garnzölle unter den Webern in Meerrane herbeigeführt worden ist, kommt noch die Vertheuerung der Lebensmittel.

Der Abgeordnete v. Mirbach behauptet zwar, die Vertheuerung der Lebensmittel komme für den Arbeiter gar nicht in Betracht, sobald derselbe nur Arbeit habe, wenn man aber bedenkt, daß fast der ganze Arbeitsdienst zur Befriedigung der nothwendigsten Lebensbedürfnisse in Anspruch genommen wird und daß dabei ganz minime Beträge schon eine erhebliche Rolle spielen, so wird man schwerlich behaupten können, daß eine Steigerung des Preises der Lebensmittel für den Arbeiter gleichgültig sei. Und diese Steigerung, welche durch die Zölle herbeigeführt worden, ist keineswegs gering. Nach Erhebungen, die ich in einem rheinisch-westfälischen Bezirk angestellt habe, begiffert sich dieselbe auf etwa 10 Pct. Herr von Mirbach sagt uns nun, wir sollen den Arbeitern rathe, aus den westlichen Provinzen nach dem Osten zu gehen, wo die Lebensmittel billiger sind. Glaubt denn der Abg. v. Mirbach, daß die Industrie wie eine Feldfrucht ganz nach Belieben an irgend einem Orte gezogen werden kann? Sie entwickelt sich naturgemäß nach ihren örtlichen Bedingungen und Sie vermögen nicht durch künstliche Zollmaßregeln irgend etwas daran zu ändern. Der Zolltarif hat weder im guten noch im schlimmen Sinne irgend welchen Ein-

fluß darauf. Wenn es nun nachgewiesen ist, daß die Meerraner Weber unter der Höhe der Lebensmittelpreise erheblich leiden, und daß in Folge des durch die Garnzölle herbeigeführten Darniederliegens ihrer Industrie die Löhne außerordentlich niedrig sind, so ergiebt sich als nothwendiges Heilmittel, daß Sie die Kornzölle beseitigen und die Garnzölle wieder auf ihre natürliche Höhe bringen, um dadurch die Weberei dem Auslande gegenüber concurrenzfähig zu machen. Statt immer neue Zollerhöhungen herbeizuführen und dadurch Repressalien des Auslandes hervorzuufen, sorgen Sie für die Freiheit des Verkehrs; Sie werden dem Lande dadurch mehr nützen, als mit allen Schutzzöllen.

Schachsecker Scholz: Der Vorredner behauptete im Anfange seiner Rede, wenn auf dem Wege, der 1879 beschritten worden, weiter fortgegangen werde, würde es noch viel trauriger werden; später hat er uns den Entschluß, auf dem betretenen Wege weiterzugehen, etwas leichter gemacht, indem er ausführt, daß alle Maßregeln auf dem Gebiete der Zölle nicht im Stande wären, die allgemeinen Verhältnisse der Industrie im guten oder im schlimmen Sinne zu ändern. Wie dieser Satz mit seinen übrigen Bemerkungen in Einklang zu bringen ist, weiß ich nicht (Heiterkeit rechts), ich entnehme nur das daraus, was mir für den Zweck angemessen scheint. Gestreut hat es mich, daß der Vorredner die Hilfsbedürftigkeit der Glauchauer Meerraner Weberei anerkannt hat und daß er bereit ist, zur Beseitigung des Uebels mitzuwirken, wenn ich auch nicht glaube, daß der vom ihm vorgeschlagene Weg der richtige ist. Herr v. Benda erklärt, daß er die Regierungsvorlage ablehne, weil er den Tarif nicht in seinem Sinne abzuändern im Stande sei; ich glaube, daß, wenn man auch nicht die Majorität dazu erreicht, ein System nach seinen eigenen Wünschen umzuändern, man doch anerkennen kann, daß innerhalb dieses Systems vorhandene Schäden verbessert werden müssen. Der Abgeordnete v. Bamberger behauptete, wir befänden uns mit dieser Vorlage an einer bedeutungsvollen Etappe in der Entwicklung unseres Tarifs. Daß von einer principiellen Neuordnung gar nicht die Rede ist, erkenne Sie schon daraus, daß wir nur in drei unbedeutenden Punkten die bestehende Hand an den Tarif legen wollen. Daß ein solches Werk unmöglich den Anspruch erheben kann, in allen Theilen als vollendetes für lange Zeit unantastbares Ganzes zu gelten, liegt auf der Hand. Nur an dem Princip der Tarifreform soll nicht gerüttelt werden, daß aber in den Detailbestimmungen manche Fehler zu verbessern sind, daß hat die Regierung niemals verkannt, und sie würde ihre Pflicht verletzen, wenn sie des Principes wegen, um nicht an dem Tarif zu rütteln, die Uebelstände fortbauern lassen wollte, die zu Tage getreten sind.

Wenn der Abg. Bamberger darauf hinwies, daß wir im vorigen Jahre auch alle Forderungen von Abänderungen der Specialbestimmungen abgewiesen haben, so liegt hierin kein Widerspruch, denn es mußte wenigstens erst eine einjährige Erfahrung vorliegen, bevor man sagen konnte, daß ein Bedürfnis zur Aenderung vorhanden sei. Jetzt ist für solche Detailfragen die Zeit gekommen. Der Abg. Bamberger stellte ferner Betrachtungen darüber an, wie viele Schiffbrüche die Regierung inzwischen erlitten habe, und schloß hieran insbesondere die Frage, was denn durch die Kampfszölle bisher erreicht worden sei. Bisher sind Zölle, welche die Regierung als Kampfszölle gebrauchen wollte, hier noch gar nicht bewilligt worden, wenn auch die Absicht auf solche Kampfszölle, die einen angemessenen Ausgangspunkt für Handelsverträge geben würden, keineswegs aufgegeben ist. Der Abg. Bamberger hat ferner gefragt, welche günstigen Resultate denn die Entwicklung der Spinnerei aufzuweisen habe. Innerhalb zwei Jahren ist es gewiß nicht zu verlangen, daß diese Resultate sich schon zeigen sollen. Gerade dies ist der Grund, weshalb wir nicht darauf eingehen, jetzt wieder die Garnzölle herabzusetzen, weil wir dadurch den Zweck, die Spinnerei leistungsfähiger zu machen, aufgeben würden. Wenn Herr Bamberger endlich sagte, daß man auf dem Gebiet des Eisenbahnwesens eine Umkehr bemerke, weil man dort nur das Interesse der Sache selbst und nicht die fanatische Durchführung eines Prinzips im Auge habe, und dadurch andeutete, daß dies bei der Reichsregierung nicht der Fall sei, so muß ich diesen Vorwurf zurückweisen. Er bezieht damit einen eben so fundamentalen Irrthum, wie mit den pathetischen Schlussworten, daß solche Maßregeln dazu führen, eine Nation ihres ganzen Selbstvertrauens zu berauben, sie schwach und widerstandsunfähig zu machen. Ich antworte darauf nur: Herr Bamberger wird gewiß nicht behaupten wollen, daß Amerika sich durch solche Maßregeln schwach und widerstandsunfähig gemacht habe. (Beifall rechts.)

Abg. v. Schorlemer-Mst: Der Abgeordnete v. Benda verlangt, daß man zu den niedrigen Kornzöllen zurückgehe, welche die Regierung in dem Entwurf des Zolltarifs ursprünglich vorgeschlagen hatte. Wenn er die Kornzölle für schädlich hält, weshalb verlangt er nicht deren völlige Beseitigung? Man weiß nie, woran man mit den Herren ist; sie sind nicht warm, nicht kalt. Wie wenig nützlich ihnen ein solches Verhalten ist, sollte ihnen doch ihre Beziehung zum Reichskanzler zeigen. Daß Herr v. Benda den Traubenzoll ablehnen will, scheint mir gleichfalls wenig gerechtfertigt, denn die ausländischen Trauben, so weit sie als Genußmittel dienen, kommen doch nur auf die Tafel wohlhabender Leute, die den Zoll leicht tragen können. Der Abg. Bamberger, der die Verhältnisse der heimischen Winger genauer kennt, ist über den Traubenzoll schnell hinweggegangen und hat keine Kraftworte vorzugsweise gegen die Getreidezölle gelehrt. Wenn das ganze Schutzzollsystem wirklich, wie Sie behaupten, sich ganz und gar nicht bewährt hat, so weiß ich nicht, weshalb Sie fortwährend große Reden darüber halten. Das Land müßte es ja dann aus eigener Erfahrung wissen und würde seinen Wünschen schon Ausdruck geben. Herr Bamberger äußerte seinen Unwillen darüber, daß man der Wirtschaftspolitik des Reichskanzlers eine beinahe göttliche Verehrung zolle. Ich bin gewiss ein Gegner alles Hygynismus und einer Verherrlichung, wie Herr Moske sie neulich hier entwickelte und bei der nur noch die Drehscheibe fehlte (Heiterkeit), ist mir in hohem Grade zuwider. Aber haben Sie selbst nicht früher, als der Reichskanzler noch eine Wirtschaftspolitik in Ihrem Sinne verfolgte, ihn ebenso verehrt? (Abg. Sonnemann: Ich nicht!) Sie sind nicht der Letzte dabei gewesen. Die Behandlung des Themas vom „armen Mann“ und vom theuren Brod hat Herr Richter heute auffallender Weise seinen Freunden Bamberger und Löwe überlassen.

Wenn diese immer wiederkehrenden Behauptungen etwas beweisen könnten, so sollte man wirklich glauben, daß das Brod theuer sei. Mit diesem ewigen Geschrei wird es Ihnen noch gehen, wie dem Schächer mit seinem Ausruf: „Der Wolf ist da!“ Man wird Ihnen schließlich nicht mehr glauben, selbst wenn das Brod wirklich einmal theuer geworden sein sollte. Der Abgeordnete Löwe will freilich in Rheinland-Westfalen eine Vertheuerung um 10 Procent festgestellt haben, er übersteht aber, daß er mit dieser Behauptung gegen den Kornzoll zu viel beweist. Nach meiner Überzeugung werden eine oder zwei gute Ernten genügen, um alle Klagen und die Zollpolitik des Reichskanzlers in glänzendem Lichte erscheinen zu lassen. Gegenwärtig ist der Landmann nicht im Stande, Geld auszugeben, und darunter leidet auch die Industrie. Die Interessen beider gehen Hand in Hand und die Herren von der Linken hoffen vergeblich, die Industriellen für die Aufhebung der Kornzölle zu gewinnen. Von der Verderblichkeit der übrigen Zölle ist es schon ganz still geworden, nur gegen die Getreidezölle eifert man noch, weil diese sich bei der Agitation in Wahlversammlungen wirksam verwenden lassen. Aber auch diese Versuche, auf den armen Mann zu speculiren, werden Ihnen nichts helfen. Der Reichskanzler ist Ihnen auch darin über, daß werden die Wahlen beweisen. Als der Kornzoll beschlossen wurde, hieß es, in kurzer Zeit würden hunderttausende von Petitionen die Wiederaufhebung des Zolls gebieterisch fordern. Wo sind denn jene Petitionen? Wo ist denn die Antikornzollliga, die Sie uns in Aussicht gestellt haben? Es ist recht schade, daß sie nicht zu Stande gekommen ist, sie wäre gewiß sehr nett geworden. (Heiterkeit rechts.) Die Erfahrung hat gegen Sie entschieden und alle Versuche, dies zu bestritten, helfen Ihnen nichts. Sie haben sich verrecknet und sind mit Ihrem Freihandel hinter der Zeit zurückgeblieben. (Sehr richtig! rechts.)

In einer Versammlung in Dortmund hat der Abg. Richter behauptet, ich hätte mich früher gegen Getreidezölle ausgesprochen, weil dieselben dem Arbeiter das Brod vertheuerten. Es ist dies durchaus unbegründet. Ich habe mich gegen Getreidezölle ausgesprochen, welche das Brod vertheuern, nicht weil sie das Brod vertheuern. Es ist dies ein sehr wesentlicher Unterschied, denn von unsern jetzigen Getreidezöllen befreite ich entschieden, daß dadurch eine Vertheuerung des Brotes herbeigeführt wird. In welcher Weise und bis zu welchem Grade der Zoll auf den Consumanten abgewälzt wird, ist noch einer der dunkelsten Punkte der Volkswirtschaft. Daß durch die Aufhebung der Mahl- und Schlachtfleischsteuer in Berlin die Brot- und Fleischpreise nicht billiger geworden sind, ist nachgewiesen. Viel mehr als der Kornzoll trägt der Schwindel der Kornbörsen zur Vertheuerung des Getreides bei. Es ist unglaublich, was von den Freihändlern alles für Behauptungen aufgestellt werden, um die Verderblichkeit der landwirtschaftlichen Zölle nachzuweisen. So heißt es in einer Broschüre, die elf Millionen Mark Roggenzoll bedeuteten thätigst eine Belastung des Landes von 203 Millionen, weil auch alles inländische Getreide um den Betrag des Zolls im Preise gestiegen sei. Abgesehen von der Unrichtigkeit dieser Angabe ist dabei ganz übersehen, daß 16—17 Pct. des inländischen Korns, welche der Landwirth an Ausaat und Futter selbst verbraucht, bei dieser Berechnung völlig ausgeblieben. Niemals ist der Nachweis gelungen,

daß in Folge des Kornzolls weniger Brod gegessen wird als früher. Um zu beweisen, wie schwer die Belastung durch den Kornzoll sei, wurde behauptet, der Consum an Brod betrage 3 Pfd. per Kopf. Denken Sie sich, daß Jemand täglich 3 Pfd. westfälischen Pumpernickel essen sollte; ich glaube nicht, daß er das lange aushielte, namentlich wenn er nun gar noch zwei kleine Kinder besitzt, für die er auch noch die je 3 Pfd. mitbezahlen sollte. (Heiterkeit.)

Man hat sogar der Landwirtschaft gethan, sie solle sich, wenn ihr die Concurrenz des ausländischen Getreides zu groß werde, auf den Anbau von Brennnesseln und Kamillen legen (Heiterkeit), und mit solchen ungläublichen Rathschlägen glaubt man die traurige Lage der Landwirtschaft ernsthaft zu verbessern. Ein sehr oft gehörter Rath geht auch dahin, die Landwirtschaft müsse intensiver betrieben werden, und müsse man an Stelle des Körnerbaues die Viehzucht in den Vordergrund stellen. Was nützt aber der intensivste Betrieb, wenn er nicht einen Ueberschuß über die Produktionskosten liefert; und durch die Masseneinfuhr amerikanischen Getreides wird ein solcher mehr und mehr zur Unmöglichkeit. Historisch entwickelt sich die Sache so, daß die Masseneinfuhr ausländischen Getreides die Landwirtschaft zunächst zum Uebergang zur Viehzucht veranlaßt; wenn auch hier die Concurrenz des Auslandes einen lohnenden Betrieb unmöglich macht, so geht der kleinere und mittlere Grundbesitz zu Grunde und es tritt der Zustand ein, der im alten Rom durch das Wort gekennzeichnet wurde: Latifundia perdidit Romam! Die Landwirtschaft kann eine Gleichstellung mit den anderen Factoren der Production fordern, sonst geht sie unter, und mit ihr ist das Land verloren. (Beifall rechts.)

Abg. Grad spricht sich für den Weintraubenzoll aus, weil sonst der elsässische Weinbau geschädigt und die Runkelweinfabrikation befördert werde; dagegen wendet er sich gegen den jetzigen Zoll auf Weinbauern, indem er ausführt, daß ein einheitlicher Zoll die billigen Baaren viel höher treffe, als die feineren, also z. B. das Hemd des Arbeiters etwa mit dem zwölffachen Satze gegenüber dem feinen Damenkleiderstoffe. Er empfehle im Interesse der Feinweberei eine Annäherung an das französische System, welches je nach der Feinheit der Gewebe in verschiedenen Stufen Zollsätze erhebe, welche die Baaren ihrem Werthe angemessen träfen.

Abg. Auer: Es ist mir unmöglich, die hoch traurigen Zustände in Glauchau und Meerrane nur annähernd so darzustellen, wie es in dem uns zugegangenen officiellen Actenstück geschehen ist. Der Reichskanzler hat einmal gesagt: Die Regierenden wissen häufig nicht, wie den Regierten zu Muth ist. Hat denn aber der Reichskanzler bedacht, wie den Webern in jenen sächsischen Districten zu Muth sein würde, als er ihnen das zu ihren Notharbeiten so unbedingt nothwendige Petroleum durch Steuern vertheuert? Auch darin ist der Reichskanzler selber ein lebendiges Beispiel für die Wahrheit seines eigenen Ausspruchs, daß er befreit ist, zu den bereits bestehenden Steuern noch immer neue hinzuzufügen. Ich muß mein lebhaftes Bedauern darüber äußern, daß die sächsische Regierung nicht bereits früher Anlaß genommen hat, dem dortigen Nothstande entgegenzutreten, obwohl doch schon im Vorjahre die Sache anlässlich bezüglicher Petitionen im sächsischen Landtage discutirt wurde. Man ist in der sächsischen Regierung doch sonst nicht so lässig; beispielsweise hat sie einen Gesekentwurf wegen Einführung obligatorischer Arbeitsbücher beim Bundesrath eingebracht, ohne allerdings selbst bei dieser reactionären Körperschaft darin Entgegenkommen zu finden. Der vorgeschlagene Erhöhung der Gewebezölle hätten wir, im Interesse einer dauernden Hebung dieser Industrie, den entgegengelegten Weg einer Ermäßigung der Garnzölle vorgezogen, und darauf ist in der That auch ursprünglich die Petition der Fabrikanten in Glauchau und Meerrane hingegangen; letztere haben sich erst, als sie sich von der Ausichtslosigkeit dieses ersten Vortritts überzeugt hatten, dem Gedanken, der in der Vorlage zu Tage tritt, zugewandt. Meines Erachtens ist die Vorlage nicht von dem Gesichtspunkt zollpolitischer Rücksichten, sondern als eine Nothstandsmaßnahme zu beurtheilen. Einen deutlichen Einblick in die dortigen Nothstandsverhältnisse liefern die Ausweise der Sparkassen: im Jahre 1880 erfolgten in Meerrane 276 Einzahlungen mit über 35,000 Mark, dagegen 356 Auszahlungen mit über 81,000 Mark. Noch schlimmer war es in Glauchau, wo 876 Einzahlungen mit über 86,000 Mark, 1313 Rückzahlungen mit über 113,000 Mark gegenüberstanden.

Von Männern, die seit mehr als einem Menschenalter in der dortigen Industrie thätig sind, ist mir berichtet worden, daß sie noch niemals Krisen von solcher Dauer und so traurigen Wirkungen durchgemacht hätten. Um einigermaßen Erleichterung zu gewähren, werden ich und meine Freunde für die Vorlage stimmen, soweit sie sich auf Erhöhung des Gewebezolls bezieht, wenigstens wir das nicht für hinreichend halten, sondern im Interesse der Concurrenzfähigkeit unserer Industrie eine Erniedrigung der Garnzölle für nothwendig erachten. Der Bericht der Enquetecommission geht, indem er auf die Hamburger Freihafenstellung Bezug nimmt und deren Beseitigung im Interesse der Besserung des Nothstandes empfiehlt, von der falschen Annahme aus, daß die Hamburger Kaufleute mit besonderem Interesse lieber ausländische Waaren nach dem Norden exportiren als einheimische. Die Hamburger Kaufleute exportiren eben französische Waaren in erster Linie, weil dieselben für den Export bestimmt sind und auch von den nördlichen Ländern Skandinavien und Ausland mehr verlangt werden als deutsche Waaren, und so lange diese Geschmacksrichtung sich nicht ändert, wird es nichts helfen, wenn auch Hamburg in den Zollverein eingeschlossen wird; denn die Exportländer werden, wenn sie die Waaren aus Hamburg nicht mehr beziehen können, sie sich aus anderen Stapelplätzen kommen lassen. Der Theil der Bevölkerung, der heute französische Waare bezieht, ist mehr oder minder auch im Stande, sie zu bezahlen, selbst wenn eine Erhöhung des Preises durch Zölle eintreten würde. Nehmen Sie diese Nothstandsmaßnahme an.

Sächsischer Bundesrathscommissar Geheimen Regierungsrath Vöttcher: Die Vorträge des Vorredners gegen die sächsische Regierung sind unbegründet. Schon im vorigen Landtage ist die Regierung bemüht gewesen, dem Nothstande in Glauchau und Meerrane zu Leibe zu gehen; die dortigen Behörden sind angewiesen worden, Alles zu thun, was in ihrer Macht liegt. Es hat sich auch ein gewisser Erfolg gezeigt. Nicht nur sind Mittel bewilligt worden, um die Weber anderen Berufsweisen zuzuführen, es ist auch wiederholt untersucht worden, ob man nicht auf dem Wege der Zollgesetzgebung etwas erreichen könne. Die Herren Petenten sind übrigens ganz anderer Meinung als der Vorredner; sie haben sich für die prompte Erledigung ihrer Wünsche bedankt.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Bamberger: Herrn von Schorlemer erwidere ich, daß ich heute weder von dem „armen Mann“, noch von dem „theueren Brod“ gesprochen habe. Ich gehöre zu denen, die gewiß am wenigsten Wahlreden dieser Art halten.

Abg. Richter (Hagen) verwahrt sich dem Abg. v. Schorlemer gegenüber dagegen, daß er Massenpetitionen gegen die Getreidezölle in Aussicht gestellt, sowie zur Bildung einer Kornzoll-Liga aufgefordert habe. Was das angeblich falsche Citat aus einer Rede des Herrn von Schorlemer betreffe, so habe er, Richter, den stenographischen Bericht derselben vor sich, in dem es heiße: „Ich wünsche keine Getreidezölle, weil ich der Bevölkerung das Brod nicht vertheuern will.“ (Hört! Hört! links.)

Abg. v. Schorlemer (Mst): Bei der letzt erwähnten Rede von mir handelte es sich um die Frage eines hohen Getreidezolls, gegen den ich mich mit jener Aeußerung gewandt habe. (Abg. Sonnemann: Diesen Worten werden Sie niemals weiß waschen! Große Heiterkeit.) Herr Sonnemann, Sie sind ja schon ein weiß gewaschener Mohr. (Erneute Heiterkeit.)

Abg. Richter (Hagen) bittet den Vorredner, nach den Erfahrungen, die er mit seiner heutigen Aeußerung gemacht, künftig etwas vorsichtiger zu sein, eine Mahnung, die Abg. v. Schorlemer zu zurückweisen zu müssen glaubt.

Damit schließt die erste Lesung. In der zweiten Lesung werden die einzelnen Tarifpositionen besonders discutirt.

Der Zoll auf Weintrauben soll nach der Vorlage 15 Mark für 100 Kgr. betragen.

Abg. Sonnemann beantragt, nur einen Zoll von 10 M. einzuführen, dagegen Weintrauben, welche nicht zur Weinbereitung dienen, in Körben von 8 Kgr. und weniger zollfrei zu lassen.

Abg. Sonnemann: Ich habe mich bei einem früheren Anlaß schon für einen mäßigen Zoll auf Trauben, welche zur Weinbereitung dienen, ausgesprochen, und zwar vorzugsweise im finanziellen Interesse des Reichs. Der vorgeschlagene Zoll von 15 M. ist aber viel zu hoch. Er gleicht einem vollständigen Ausschluß der Traubeneinfuhr. Zunächst ist die Höhe der Einfuhr von Trauben sehr übertrieben worden. Sie kann nur in Wiskahren stattfinden und hat im vorigen Jahre nur 2—2½ Proc. der normalen Weinproduction Deutschlands betragen. Sie kann daher die deutschen Winger niemals schädigen. Wie stark aber in schlechten Jahren der Ausfall unserer Weinproduction ist, will ich Ihnen nur an einer Ziffer darthun. In Elb-Lothringen wurden im Jahre 1878 1,122,602 Hectoliter Wein producirt, im Jahre 1879 dagegen nur 246,843 Hectoliter. Daß bei einem so starken Ausfall der inländischen Production das Ausland einigermaßen auszufüllen, sei im Interesse der Consumtion nur zu wünschen. Gesehe dies nicht, dann wird man trotz aller Verbote noch mehr schlechten Runkelwein zu trinken bekommen. Nun finde ich um deswillen den Zoll von 15 M. für

viel zu hoch bemessen, weil nach meinen Erfindungen aus 160 kg italienischer Trauben nur 100 kg Wein gemacht werden können, weil auf dem Transport sehr viel verloren geht und die Kappen stärker sind. Endlich hat die Regierung nicht ermogt, daß Wein erst zwei Jahre nach der Kelterung ausgeführt wird und daß inzwischen ein bedeutender Abgang stattfindet. Die Einfuhr der Trauben muß per Gült stattfinden, was den Bezug enorm vertheuert. Das Interesse, welches die Champagnerfabrikation an der Frage hat, ist schon früher von mir hervorgehoben worden. Frankreich führt die italienischen Trauben frei ein, den Wein mit einem nominalen Zoll. Bei uns würde der Zoll von 15 M. dieser Industrie die Concurrenz im Auslande abermals erschweren. Die betreffenden Interessenten glauben, höchstens einen Zoll von 5 M. zu gestehen zu können. Ich habe aber das Doppelte beantragt, weil ich gewohnt bin, den Stimmen der Interessenten immer nur einen relativen Werth beizulegen. Ich habe noch einen anderen gewichtigen Grund für die Ziffer von 10 Mark gehabt. Es ist bekannt, daß zwei derjenigen Staaten, in welchen der meiste Weinbau getrieben wird, im Bundesrathe 10 M. beantragt haben. Wir brauchen doch nicht schuldlos zu sein als die Regierungen dieser beiden Staaten. Der zweite Antrag (Anmerkung zum Tarif) betrifft die Trauben, welche zum Genuße bestimmt sind. Auch hier hat eine in der Folgezeit sehr erfahrene Regierung, die sächsische, im Bundesrathe einen Antrag gestellt, welcher dem meinigen gleichläuft. Die Sache muß also von ihr als ausführbar anerkannt worden sein. Der Zoll auf Trauben, welche als Obst genossen werden, würde eine Bresche in diesen Theil unseres Zolltarifs schließen, weil alle Obstgattungen frei sind. Mit demselben Rechte könnten die Gemüsegärtner einen Zoll auf ausländische Gemüse verlangen. Es ist ein Irrthum, wenn angenommen wird, daß die Trauben lediglich zum Lurusgebrauche eingeführt. Dies mag für Norddeutschland richtig sein. In Süddeutschland werden dieselben von allen Bevölkerungsklassen gekauft. Auch zum Genuß werden dieselben allen Klassen verordnet. Der Zoll von 15 M. vertheuert das Kilogramm, bis es in die Hände der Consumenten kommt, um 25 Pf. Ich empfehle Ihnen die Annahme beider Anträge.

Director des Reichschatzamt's Burghard: Ueber die Frage, ob ein Trauben Zoll auferlegt werden soll, herrscht keine Differenz im Hause. Es fragt sich bloß, wie hoch derselbe sein soll. Es kam vor Allem darauf an, den hier vorliegenden Gegenstand bezüglich des Zolles in ein richtiges Verhältniß zu dem bestehenden System zu bringen, und aus dieser Erwägung heraus ist der Zoll pro 100 kg auf 15 Mark vom Nettogewicht festgesetzt worden. Wenn gleich der Weinzoll ein Finanzzoll ist, so möchte ich doch seine Bedeutung als Schutzzoll besonders hervorheben. Denn vor Allem soll durch Einführung dieses Zolles auf Trauben die Umgehung des Weinzolles und eine Schädigung der Weinfabrikation verhindert werden. Denn 10 Mark pro 100 kg vom Nettogewicht ist viel zu niedrig, weil diese Ziffer weder den Finanzen den nötigen Schutz gewährt, noch die Einfuhr von Trauben beabsichtigt Weinfabrikation hindern würde. Was die vorgeschlagene Anmerkung des Abg. Sonnemann betrifft, daß Strauben frei sein sollten, so wundere ich mich in der That, daß von jener Seite dieser Antrag eingebracht wird, welche Lurusgegenstände als besonders empfehlenswerth für Zollbelastung stets betont hat. Denn es unterliegt keinem Zweifel, daß die Trauben von der wohlhabenderen Klasse der Bevölkerung hauptsächlich verzehrt werden. Die Behauptung, daß die Strauben zur Cur dienen, sei von keinem Gewicht, weil derartige Curen meistens nur von reichen Leuten gebraucht werden. Die Anmerkung des Abg. Sonnemann würde nur dahin führen, daß die Strauben in einer Masse von kleineren Packeten frei die Grenze passiren und dann zur Weinfabrikation benutzt werden würden. Ich bitte deshalb, den Antrag Sonnemann abzulehnen.

Abg. Lender: Der Weinzoll diene für die Weinfabrikation hauptsächlich als Schutzzoll gegenüber der Concurrenz namentlich von Italien und Ungarn und der Bundesrath habe alle in Betracht kommenden Verhältnisse ausreichend gewürdigt, wenn er 15 Mark als Zoll festgesetzt habe. Jede Reduktion an dem von der Regierung vorgeschlagenen Zoll involvire die Gefahr, einerseits dem Weinbau nicht den nötigen Schutz zu gewähren, andererseits die Staatskasse zu schädigen. Was den zweiten Antrag des Abg. Sonnemann betreffe, so dürfte man nicht vergessen, daß nicht die Consumenten die Trauben kommen lassen, sondern die Händler, wobei es sich nicht controliren lasse, ob dieselben nicht auch zur Weinfabrikation gebraucht werden. Er bitte deshalb, die Anträge abzulehnen.

Nachdem der Abg. Sonnemann seinen Antrag dahin modificirt hat, daß der Zoll 10 Mark vom Bruttogewicht betragen soll, wird sein Antrag gegen eine sehr starke Minderheit abgelehnt und die Vorlage der Regierung angenommen.

Der Mehlszoll soll von 2 auf 3 Mark pro 100 Kilogramm erhöht werden.

Abg. Witte (Mecklenburg) beantragt die Zollerhöhung abzulehnen und dafür folgende Bestimmung anzunehmen: „An Stelle des § 7 Nr. 3 des Zolltarifgesetzes vom 15. Juli 1879 tritt die nachfolgende Bestimmung: Für Mühlenfabrikate (Nr. 25 q 2 des Tarifs) wird eine Erleichterung dahin gewährt, daß bei der bescheidenen Ausfuhr an Mehl den betreffenden Mühlen der Eingangszoll für das in dieselben eingeführte und zur Verwendung gelangte ausländische Getreide, soweit zurückerstattet wird als das ausgeführte Mehl eine dem Ausbeuteverhältniß entsprechende Gewichtsmenge an Getreide darstellt.“

Dem Reichstage sind mehrere Petitionen von Mühleninteressenten zugegangen, welche eine Herabsetzung des Ausbeuteverhältnisses und die Einführung einer Zollrückvergütung auf exportirtes Mehl verlangen. Die Petitionscommission beantragt, diese Petitionen dem Reichstage mit dem Ersuchen zu überweisen, § 7 Nr. 3 des Zolltarifgesetzes vom 15. Juli 1879 dahin abzuändern, daß der Nachweis der Identität bei der mit Rücksicht auf die Ausfuhr von Mehl gestatteten Zollfreien Einfuhr von Getreide insoweit erlassen werde, daß gestattet wird, so viel ausländisches Getreide in die Mühlen zollfrei einzuführen, als von denselben Stellen aus Mehl dem Ausbeuteverhältniß entsprechend zur Ausfuhr ins Ausland gelangt.“

Hierzu liegt folgender Antrag der Abg. v. Seeremann und v. Kardorff vor: Die Petitionen dem Reichstage mit dem Ersuchen zu überweisen, dahin wirken zu wollen, den § 7 Nr. 3 des Zolltarifgesetzes vom 15. Juli 1879 in der Weise abzuändern, daß unter Aufrechterhaltung des Identitäts-Nachweises nur für die Person und die Fabrikationsstelle bei der Ausfuhr von Mehl der Zoll einer entsprechenden Quantität von importirtem ausländischen Getreide unter Berechnung des Ausbeuteverhältnisses nachgelassen werde.

Anmerkung: Bei dieser Beschränkung des Identitäts-Nachweises wird vorausgesetzt, daß der Verkauf von ungemahlenem ausländischen Getreide aus den Mühlen nicht zulässig ist.

Abg. Rentschler referirt Namens der Petitionscommission über die oben bezeichneten Petitionen von Mühleninteressenten und empfiehlt die Annahme des Commissionsantrages.

Am 4/4 Uhr wird die weitere Verathung bis Abends 7 1/2 Uhr vertagt.

Berlin, 30. Mai. [Reichstag. Abend Sitzung.] Bezüglich des Mehlsolles wird die Regierungsvorlage und der Antrag Seeremann angenommen, wonach unter Aufrechterhaltung des Identitätsnachweises nur für die Person und die Fabrikationsstelle bei der Mehlausfuhr der Zoll entsprechend der Quantität des importirten ausländischen Getreides unter der Berechnung des Ausbeuteverhältnisses nachzulassen ist. Es folgt die zweite Verathung des Gesetzentwurfes, betreffend die Abänderung des Zolltarifs für unbedruckte Zeug- und Tuchwaren. Die Debatte wurde schließlich wegen Beschlußunfähigkeit des Hauses vertagt. Nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr. (Unfallversicherungsgesetz.)

Berlin, 30. Mai. [Se. Majestät der Kaiser und Königl.] begab sich heute Vormittag gegen 10 Uhr zur Abhaltung der Frühjahrsparade über die Truppen der Garnisonen Berlin und Spandau auf dem Exercierplatz an der Tempelhofer Chaussee und kehrte nach Beendigung der Parade um 12 1/2 Uhr Mittags in das Palais zurück.

Berlin, 30. Mai. [Bundesrath.] In seiner am 28. d. Mts. unter dem Vorsitz des Staatsministers von Bötticher abgehaltenen Plenarsitzung nahm der Bundesrath die Beschlüsse des Reichstages zu den Gesetzentwürfen wegen Erhebung der Brausteuer und wegen Aufnahme einer Anleihe für die Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen, sowie eine Präsidialvorlage, betreffend die zu Madrid am 3. Juli 1880 abgeschlossene Convention über die Ausübung des Schutts durch die fremden Vertreter in Marokko, zur Kenntniss und überwieß die zu den Anträgen auf Abänderung des Gesetzes über den Unterthänigkeitsnachweis bezügliche Resolution des Reichstages dem Herrn Reichszugler. — Ueber die am 23. d. Mts. zu Berlin unterzeichneten Handelsverträge mit Oesterreich-Ungarn und mit der Schweiz wurde die Beschlußnahme für die nächste Sitzung vorbehalten. — Weiter gelangten nach Maßgabe der Vorschläge der Ausschüsse für Zoll-

und Steuerwesen und für Handel und Verkehr: a. der Entwurf eines Regulativs über Gewährung der Zoll- und Steuerbegünstigung für Tabak und Tabakfabrikate und b. Vorschläge über die steuerliche Behandlung von Tabakgruppen zur Annahme.

[Aus dem national liberalen Parteilager.] Am Sonntag fand in Berlin eine Besprechung der national liberalen Reichstags-Fraktion und einer Anzahl anderer, von auswärts dazu hier eingetroffener namhafter Mitglieder der national liberalen Partei über das Verhalten derselben angesichts der nächsten Wahlen statt. Es waren u. A. die Herren Miquel (Frankfurt a. M.), Wachler (Breslau), Kalle (Weidach) u. c. zu der Versammlung gekommen. Alle dieselbe schloß sich ein gemeinsames Diner an.

[Marine.] S. M. S. „Marianne“, 8 Geschütze, Commandant Corbettecapitän Freiherr von Hollen, ist am 12. April c. in Valparaiso eingetroffen.

Telegramme.
(Aus Wolff's telegraphischem Bureau.)

Paris, 30. Mai. Senat. Verathung der Interpellation Lambert und St. Croix, welche die Ersetzung der Nonnen durch weltliche Krankenpflegerinnen in den Hospitälern von Paris tadeln. Der Minister des Innern lehnte die Verantwortung für Handlungen der Verwaltung der öffentlichen Hilfsanstalten ab, welche übrigens gesetzmäßige seien. Buffet sprach sein Ersuchen über die Erklärung aus, daß der Minister nicht für die Handlungen seiner Agenten verantwortlich sei. Die einfache Tagesordnung wurde mit 139 gegen 111 Stimmen abgelehnt, die motivirte Tagesordnung Lambert, welche sich für Beibehaltung der Nonnen ausspricht, mit 147 gegen 111 Stimmen angenommen.

Paris, 30. Mai. Die Bureau des Senats wählen heute die Commission zur Vorberathung des Bardour'schen Antrags, betreffend die Wiedereinführung der Eisenwahl. Von den gewählten Mitgliedern ist nur ein Mitglied für den Bardour'schen Antrag. In parlamentarischen Kreisen ist man der Ansicht, der Senat werde in Erwägung, daß die Frage speciell die Wahlen zur Deputirtenkammer betreffe, den Antrag nicht im Principe ablehnen; er werde aber die transitorische Bestimmung unterdrücken, nach welcher die Zahl der Deputirten um etwa 118 vermehrt werden solle. In den Bureau stimmen 77 Senatoren gegen den Bardour'schen Antrag, 18 für denselben, 86 Senatoren enthielten sich der Abstimmung. Jules Simon erklärte, er werde gegen den Antrag sprechen.

London, 30. Mai. Unterhaus. Diffe antwortete Dwyer, St. Pilaire erklärte Lyons, der französische Commandeur habe aus Mißverständniß ein oder zwei fremde Schiffe visitirt; neue Instruktionen seien an ihn abgegangen, um ein derartiges Mißverständniß in Zukunft zu verhindern. Diffe antwortete Labouchere, die Regierung sei gegenwärtig nicht bereit, über das Verhalten des Fürsten von Bulgarien eine Ansicht auszusprechen.

London, 30. Mai. Das Debut der Meininger Hoftruppe hatte heute Abend im Drury-Lane-Theatre mit „Julius Cäsar“ einen glänzenden Erfolg. Der Prinz und die Prinzessin von Wales, das prinzipale Paar von Sachsen-Weimar und Graf Münster waren zugegen. Die Hauptdarsteller und der Hofintendant Chronock wurden wiederholt und stürmisch gerufen.

Bukarest, 30. Mai. In der heutigen Sitzung der Kammer legte der Finanzminister einen Gesetzentwurf vor, betreffend den Umtausch und die Bezahlung der 6procent. Schuldverschreibungen der Eisenbahn-Aktiengesellschaft, wogegen für 40 Millionen Staatsobligationen ausgegeben werden und der Sitz der Gesellschaft von Berlin nach Bukarest verlegt werden soll.

Belgrad, 30. Mai. Der zum Gesandten in Berlin ernannte bisherige Ministerresident in Bukarest, Petroniewitsch ist nach seinem neuen Bestimmungsorte abgereist.

Belgrad, 30. Mai. Die Stupitschka nahm den Handelsvertrag mit Oesterreich-Ungarn mit 112 gegen 22 Stimmen an. Sechs Mitglieder enthielten sich der Abstimmung.

Plymouth, 30. Mai. Der Hamburger Postdampfer „Frisia“ ist hier eingetroffen.

Southampton, 30. Mai. Der Dampfer des Norddeutschen Lloyd „Sohlenlaufen“ ist hier eingetroffen.

Newport, 30. Mai. Der Dampfer des Norddeutschen Lloyd „Donau“ und der Dampfer der National-Dampfschiffs-Company (C. Messing'sche Linie) „Egypt“ sind hier eingetroffen.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.
(W. T. B.) Paris, 30. Mai, Abends. [Boulevard.] 30/10 Rente 86, 15. Neueste Anleihe 1872 119, 42. Türken 17, 07. Neue Egypter 384, 37. Banque ottomane —. Italiener 92, 30. Chemins —. Dester. Goldrente —. Ungar. Goldrente 103, 50. Spanier ext. 24, —. do. inter. —. Staatsbahn 802, 50. Lombarden —. 1877er Russen 94 1/2. Türkenloose 61, 12. Türken 1873 —. Amortisirbare —. Orient-Anleihe 59, 06. Pariser Bank —. Ruhig.

Frankfurt a. M., 30. Mai, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß Course.] Londoner Wechsel 20, 457. Pariser Wechsel 81, 01. Wiener Wechsel 174, 25. Köln-Mindener Stamm-Aktien 152. Rheinische Stamm-Aktien 163 1/2. Hessische Ludwigsbahn 97 1/2. Köln-Mind. Prämien-Anth. 132 1/2. Reichsanleihe 102. Reichsbank 150. Darmstädter Bank 164 1/2. Meininger Bank 100 1/2. Dester.-Ungarische Bank 729. Credit-Aktien 310. Wiener Bankverein 120 1/2. Silberrente 67 1/2. Papierrente 67. Goldrente 83 1/4. Ungarische Goldrente 102 1/2. 1860er Loose 129 1/2. 1864er Loose 335. —. Ung. Staatsloose 240, 20. Ung. Odbahn-Oblig. II. 95. Böhmische Westbahn 265. Elisabethbahn 182 1/2. Nordwestbahn 183 1/4. Galizier 277 1/2. Franzosen 315. Lombarden 114 1/4. Italiener 91 1/2. 1877er Russen 91 1/2. 1880er Russen 75 1/2. II. Orientanleihe 59. III. Orientanleihe 59 1/2. Central-Pacific 114 1/2. Buschthaber —. Ungar. Papierrente —. Elbthal —. Lothringer Eisenwerte —. Privat-Discont —. pSt. Spanier —. Fest.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 310 1/2. Franzosen 315 1/2. Galizier 277 1/2. Lombarden 114. Dester. Goldrente —. Ungar. Goldrente —. 1880er Russen —.

*) per medio resp. per ultimo.

Hamburg, 30. Mai, Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco ruhig, auf Termine fest. Roggen loco und auf Termine fest. Weizen pr. Mai 216, 00 Br., 215, 00 Gd., pr. Juli-August 214, 00 Br., 213, 00 Gd. Roggen pr. Mai 206, 00 Br., 205, 00 Gd., pr. Juli-August 188, 00 Br., 187, 00 Gd. Hafer fest. Gerste still. Rüböl still, loco 54, 50, pr. Mai 54, 50. Spiritus fest, pr. Juni-Juli 48 Br., pr. Juli-August 48 Br., pr. August-September 48 Br. Raffee angenehm, Umfatz 8000 Gd. Petroleum geschäftlos, Standard white loco 7, 60 Br., 7, 50 Gd., pr. Mai 7, 60 Gd., pr. August-Debr. 8, 00 Gd. Wetter: Schön.

Hofen, 30. Mai. Spiritus pr. Mai 55, 10, pr. Juni 55, 20, pr. Juli 55, 70, pr. August 56, 10. Gel. —. Viter. Behauptet.

Liverpool, 30. Mai, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Baumwollener Umfatz 10,000 Ballen. Stetig. Tagesimport 1000 Ballen amerikanische.

Liverpool, 30. Mai, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umfatz 10,000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Stetig. Rüböl amerikanische Juni-Juli-Lieferung 5 1/2, Juli-August-Lieferung 6 1/2, D.

Newyork, 30. Mai. Heute Feiertag.

Neft, 30. Mai, Vorm. 11 Uhr. [Productenmarkt.] Weizen loco fest, auf Termine animirt, pr. Herbst 10, 90 Gd., 10, 94 Br. Hafer pr.

Herbst 6, 57 Gd., 6, 60 Br. Mais pr. Mai-Juni 6, 40 Gd., 6, 43 Br. Rohrzucker 129/2. — Wetter: Schön.

Paris, 30. Mai, Nachmittags. [Productenmarkt.] (Schlußbericht.) Weizen ruhig, pr. Mai 29, 00, pr. Juni 29, 00, pr. Juli-August 28, 60, pr. September-Dezember 27, 50. Roggen behauptet, pr. Mai 23, 10, pr. September-Dezember 20, 00. Mehl behauptet, pr. Mai 65, 50, pr. Juni 64, 75, pr. Juli-August 63, 30, pr. September-Dezember 9 Marques, 59, 50. Rüböl fest, pr. Mai 74, 75, pr. Juni 74, 75, pr. Juli-August 75, 25, pr. September-Dezember 76, 25. Spiritus ruhig, pr. Mai 63, 00, pr. Juni 63, 00, pr. Juli-August 62, 75, pr. September-Dezember 60, 00. — Wetter: Veränderlich.

Paris, 30. Mai, Nachmittags. Rohrzucker 88° loco behauptet, 60, 75 bis 61, 00. Weißer Zucker ruhig, Nr. 3 per 100 Kgr. pr. Mai 71, 60, pr. Juni 72, 00, pr. Juli-August 72, 50, pr. October-Januar 63, 00.

London, 30. Mai, Nachm. Havannazucker Nr. 12 26. Fest.

Antwerpen, 30. Mai, Nachm. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen ruhig. Roggen unverändert. Hafer behauptet. Gerste fest.

Antwerpen, 30. Mai, Nachm. 4 Uhr 30 Min. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 19 bez. und Br., pr. Juni 19 Br., pr. September 20 1/4 Br., pr. September-Dezember 20 1/2 Br. Fest.

Dresden, 30. Mai, Nachmittags. Petroleum ruhig. (Schlußbericht.) Standard white loco 7, 65 bez., pr. Juni 7, 65 bez., pr. August-Dezember 8, 15 bez.

Handel, Industrie u.

Berlin, 30. Mai. [Börse.] Der ebenso glatte, wie leichte Verlauf der Liquidation hat den Markt und die Unternehmungslust der Speculation in ganz bedeutendem Grade belebt. Das Hinderniß, welches in den letzten Tagen dem regelmäßigen Geschäft durch die notwendigen Provisionen erwachsen war, ist von der Mißbilligung verschwunden, so daß die Börse ihrer Aufregung ganz nach Belieben die Fäden schiefen lassen konnte. Sie behält dieselbe heute denn auch in ziemlich hohem Maße, der Gesamtverkehr trug eine ausgeprägt freundliche Stimmung, welche dem Coursniveau auf einzelnen Gebieten sehr zu Statten kam. Zu den letzteren gehörte vorzugsweise der Eisenbahnmärkte, auf welchem alle Werthe, deren Ertragsnisse von dem Getreidetransport tangirt werden, in stark steigender Richtung verkehrten. Wie wir vor wenigen Tagen bereits ausführlicher besprochen haben, ist der Zeitpunkt herangekommen, in welchem die Speculation den Ausfall der nächsten Ernte in ihre Calculationen zieht und diesem gewichtigen Factor gegenüber in ihren Operationen Stellung nimmt. Es kam dieser Umstand heute zur durchschlagenden Geltung, in dem alle Gebiete an Lebhaftigkeit von dem Eisenbahnmärkte, auf welchen Überschieße, Galizier, Ungarisch-Galizische und Franzosen sprunghaft in die Höhe gebracht wurden, weit zurückstanden. Auch der Rentenmarkt wurde durch das auf die Bahnwerte concentrirte Interesse benachtheiligt, insofern von denselben die speculativen Thätigkeit vollständig abgelenkt war, nur österreichische Creditactien konnten sich einer der günstigsten Strömung entsprechenden Regsamkeit erfreuen. Renten sowie Montanwerthe lagen fest, erfuhr bei stillem Verkehr aber nur ganz unbedeutende Veränderungen. Oesterreichische Creditactien hoben sich von 625 auf 627 1/2 und gingen bis 624 1/2 zurück. Franzosen avancirten von 627 auf 633 1/2 und schwächten sich bis 633 1/2 ab. Lombarden wurden 229—227 1/2—228, ungarische Credit 631—631 1/2 gehandelt. Der Eisenbahnmärkte nahm, wie bereits ausgeführt, das Interesse der Börse heute zumeist in Anspruch. Es waren in erster Reihe österreichische Bahnactien, in denen sich ein lebhaftes Geschäft und ansehnliche Courssteigerungen entwickelten. Neben den eigentlich speculativen Devisen waren nachau-Derberger, Ungarisch-Galizische Verbindungsbahn-Actien und Sur-Bodenbacher (die bis 145 gehandelt wurden) besonders beliebt. Von den inländischen Umlaufmünzen des Eisenbahnmärktes gingen die sächsischen Devisen, vor allen aber Oberbayerische Eisenbahn-Actien in kolossalen Summen und zu erheblich höheren Notirungen um. Cassawerthe waren fest, doch ziemlich still. Stammprioritäten konnten sich meist gut behaupten. Der Verkehr in den inländischen Anlagewerthen war auch heute ohne größere Ausdehnung. Die Umsätze hielten sich sowohl in den inländischen als in den auswärtigen Devisen in engen Grenzen, etwas lebhafter gingen preussische 4procent. Consols um; dagegen blieb Reichsanleihe vernachlässigt.

Um 2 1/2 Uhr: Fest. Lombarden 227,00, Franzosen 635,00, Credit 624,50, Dortmunder Stamm-Prior. 83,37, Laurahütte 109,12, Darmstädter Bank 165,00, Deutsche Bank 164,50, Disconto-Commanbit 224,75, Wiener Bankverein 242,00, Bergische 116,50, Freiburger 107,30, Mainzer 99,00, Rechte-Drahterbahn 152,50, Oberschlesische 218,50, Galizier 139,37, Buschthaber 84,37, Rumänier 104,00, Dester. Goldrente 83,12, do. Silberrente 67,62, do. Papierrente 67,12, Ungar. Goldrente 102,62, Italiener 91,62, Russen, alte 90,50, do. neue 94,25, do. 1880er 75,50, Ungarische Inhabitanten-Anleihe 96,10, Russische Noten 206,75, do. II. Orient 59,00, do. III. Orient 59,62, Ungarische Credit 631,50, Neue Ungarn 80,37, Ungarische Papiere 80,00.

Coupons. (Course nur für Posten.) Dester. Silber-Coup. 174,20 bez. do. Eisenbahn-Coupon 174,20 bez., do. Papier in Wien zahlb. min. 30 Pf. t. Wien, Amerik. Gold-Doll.-Bonds 4,20 Gd., do. Eisenbahn-Prioritäten 4,20 Gd., do. Papier-Dollar 4,20 Gd., 6% New-York-City 4,20 Gd., Russ. Central-Boden min. — Pf. Paris, do. Papier u. berl. min. 60 Pf. t. Berl., Poln. Papier u. berl. min. 60 Pf. Warchau, Russ. Zoll 20,59 etw. bis 57 bez., 1822er Russen —, Gr. Russ. Staatsbahn —, Russ. Boden-Credit —, Warchau-Wiener Comm. —, Warchau-Zerespol —, 3% u. 5% Lombarden min. — Paris, Diverse in Paris zahlb. min. — Pf. Paris, Holländische min. — Pf. Amsterdam, Schweizer min. — Pf. Paris, Belgische min. — Pf. Brüssel, Berl. Strl.-Oblig. 20,41 bez.

Berlin, 30. Mai. [Producten-Bericht.] Der Nordostwind, der seit Sonnabend Abend sich eingestellt und uns eine, des Nachts sehr kalte, vor Allem aber unerwünscht trockene Luft gebracht hat, ist zu maßgebendem Einfluß gelangt auf die Stimmung unseres Marktes. — Der Begehr nach Roggen auf Termine ist dem Angebot weit überlegen gewesen und die beliebtesten Sorten, namentlich Juli, stiegen ansehnlich im Preise. Eine Ausnahme macht nur Mai, der ziemlich vollständig erledigt, etwas billiger tauflich war. Die Frage nach Waare bleibt schwach und es ist loco sehr wenig umgesetzt worden. — Roggenmehl ließ sich merklich höher verwerthen. — Für Weizen wurde sehr fest an höheren Forderungen gehalten; wer kaufen wollte, mußte sich fügen, der Umfatz hat inbeiden nur mäßigen Umfang erreicht. — Hafer loco ziemlich preisbehaltend, Termine fester. — Rüböl sehr still und ohne wesentliche Veränderung. — Petroleum ruhig. — Spiritus war auch heute recht fest und besserte sich abermals im Preise, der Verkehr ist leblich rege.

Weizen pr. 1000 Kilo loco 190—235 M. nach Qualität gefordert, per Mai 217—229 M. bez., per Mai-Juni 218 M. bez., per Juni-Juli 217,5 bis 218 M. bez., pr. Juli-August 216,5—217 M. bez., pr. September-October 211,5—212,5—212 M. bez., pr. October-November — M. bez., kein marktfixirter — M. bez. Gefündigt: 32,000 Ctr. Ründigungspreis 228 M. — Roggen pr. 1000 Kilo loco 195 bis 218 Mark nach Qualität gefordert, incl. 206—214 Mark ab Bahn und Rahn bez., hochfeiner — M. ab Bahn bez., pr. Mai 207—205,75—206,75 M. bez., pr. Mai-Juni 205—204,75 bis 205,75 M. bez., pr. Juni-Juli 197,25—198,75 M. bez., pr. Juli-August 186—187 M. bez., pr. Septbr.-October 176—177,5 M. bez., pr. October-November — M. bez. Gefündigt: 34,000 Ctr. Ründigungspreis: 206 M. — Gerste pr. 1000 Kilo loco 140 bis 200 M. nach Qualität gefordert. — Hafer pr. 1000 Kilogramm loco — nach Qualität gefordert, pr. Mai 155—155,75—155,25 M. bez., pr. Mai-Juni 153,5 Mark bez., pr. Juni-Juli 153,5 Mark bez., pr. Juli-August 150,5 Mark nom., pr. August-September — Mark bez., pr. September-October 147—148 Mark bez. Gefündigt: 6000 Centner. Ründigungspreis: 155,5 Mark. — Mais loco 139—142 Mark nach Qualität gefordert. Gefündigt: — Ctr. Ründigungspreis: — M. — Erbsen pr. 1000 Kilo loco 187—220 M., Futterwaare 168 bis 186 Mark nach Qualität gefordert. — Roggenmehl, Nr. 0 und 1 per 100 Kilo unterfeuert incl. Sad pr. Mai 28 M. bez., pr. Mai-Juni 27,70—27,80 M. bez., pr. Juni-Juli 27,45—27,55 M. bez., pr. Juli-August 26,45—26,55 M. bez., pr. September-October 25,10—25,15 M. bez. Gefündigt: 1500 Ctr. Ründigungspreis: 28 Mark. — Weizenmehl Nr. 00 30,50 bis 29,00 M., Nr. 0 29,00—28,00 M., Nr. 0 und 1 28,00 bis 27,00 M. — Roggenmehl Nr. 0 28,75—27,75 M., Nr. 0 und 1 27,75 bis 26,75 M. — Feine Marken über Notiz bez. — Rüböl per 100 Kilo loco ohne Fas — M. bez., loco mit Fas — M. bez., pr. Mai, pr. Mai-Juni und pr. Juni-Juli 53,1—53 M. bez., pr. Juli-August — M. bez., pr. September-October 54,1 M. bez., pr. October-November 54,6 Mark bez., pr. November-Dezember 54,9 M. bez. Gefündigt: 200 Ctr. Ründigungspreis: 53 Mark. — Petroleum, raffinirtes, (Standard white) per Ctr. mit Fas in Posten von 100 Ctr., loco — M. bez., pr. Mai 23,9 M. bez., pr. Mai-Juni — M. bez., pr. Juni-Juli — Mark bez., pr. Juli-August — M. bez., pr. Septbr.-October 24,9 M. bez., pr. October-November 25,2 M. bez., pr. November-Dezember 25,5 M. Br. Gefündigt: — Ctr. Ründigungspreis — M.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.